

# Aussichten auf den Weltbürgerkrieg

In Zeiten des Populismus ist der politische Gegner zum existenziellen Feind geworden ist. Mit ihm streitet man sich nicht mehr um die Ausgestaltung der gemeinsamen Zukunft, sondern man will ihn mit allen Mitteln aus dem Land verdrängen. Was aber geschieht, wenn wir in eine echte, globale Krise schlittern?, fragt sich **Thomas Maissen**

Thomas Maissen



Der Schweizer Historiker ist Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Paris. Bei diesem Text handelt es sich um die gekürzte und überarbeitete Fassung eines Vortrags, den Maissen kürzlich an einer Tagung der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik hielt.

Oft vergleicht man die radikalen Veränderungen der Gegenwart mit den 1930er Jahren: innenpolitische Schwächung des liberalen Rechtsstaats und der parlamentarischen Demokratie, aussenpolitisch wachsende Konfliktbereitschaft mit Nationalismus, Protektionismus und militärischen Interventionen. Die Geschichte wiederholt sich nicht, trotzdem sind Szenarien bis hin zu einem Dritten Weltkrieg nicht auszuschliessen. Noch sind die makroökonomischen Rahmendaten durchaus positiv. Was aber passiert nur schon bei einem massiven Zinsanstieg oder gar bei einer globalen Wirtschaftskrise? Beide Entwicklungen müssen zum normalen Erwartungshorizont gehören.

Die folgenden Überlegungen orientieren sich gleichwohl weniger am Aufstieg der Totalitarismen in der Zwischenkriegszeit als an der Ausbildung von Nationalstaaten im 19. Jahrhundert. Sie entstanden aus Bürgerkriegen um Verfassungsfragen: staatenbündische Vielfalt oder nationalstaatliche Einheit. Das gilt für den Sonderbundkrieg ebenso wie für den Amerikanischen Bürgerkrieg, für das italienische Risorgimento oder den Preussisch-Österreichischen Krieg. In der Sicht der Sieger waren das nationale Einigungskriege. Die Wunden, die dabei geschlagen wurden, haben erst die Weltkriege vernarben lassen, in denen die früheren Bürgerkriegskontrahenten die Nation gemeinsam gegen äussere Feinde verteidigten.

Die Weltkriege waren zum Teil herkömmliche zwischenstaatliche Kriege. Doch von 1917 bis 1989 waren die Konfliktlagen zudem stark ideologisch geprägt. Mit Rückgriff auf Ernst Jünger und Carl Schmitt haben konservative Autoren wie Reinhard Koselleck, Hanno Kesting oder Ernst Nolte diese Zeit als einen «Weltbürgerkrieg» bezeichnet, in dem es nicht mehr um Territorien ging, sondern um endgültige Wahrheiten und die Erlösung der Menschheit. Kommunisten, Faschisten wie Kapitalisten würden sich demnach aufgrund ihrer Klassenzugehörigkeit und Ideologie über die Staatsgrenzen hinweg miteinander verbinden und einen kompromisslosen Weltbürgerkrieg um universelle Werte ausfechten. Das waren zum Teil reaktionäre, antiaufklärerische Deutungen des ideologischen Zeitalters. Sie lagen in ihrer Prognose zudem falsch, denn der Kalte Krieg endete unblutig als konventioneller Wettkampf zwi-

schen Staaten um die rüstungstechnische Leistungsfähigkeit.

Man muss sich dieses Konzept also nicht zu eigen machen, wenn im Folgenden das Wort Weltbürgerkrieg für die gegenwärtige Situation herangezogen wird. Denn eines der auffälligsten Phänomene in den letzten Jahren besteht darin, dass der politische Gegner zum existenziellen Feind geworden ist. Mit ihm streitet man sich nicht mehr um die Ausgestaltung der gemeinsamen Zukunft, sondern man will ihn mit allen Mitteln aus dem Land verdrängen - durch die Kontrolle der Medien oder durch den Umbau der Verfassung und der Rechtsordnung, ja sogar mit Gift und Gewalt. Pathologisch führt Donald Trump dieses «us or them» vor: Wer nicht (mehr) bedingungslos loyal ist, wird als absoluter Versager umgehend ausgegrenzt.

Solchen Feinden unterstellt man jegliche denkbare Niedertracht, um sie in legitimer Selbstwehr mit derselben Niedertracht erbarmungslos zu bekämpfen. Mit der Beute aus diesen Kämpfen werden die eigenen Anhänger belohnt: mit Staatsstellen, öffentlichen Aufträgen, konfisziertem Eigentum. Damit schaffen sich Autokraten eine loyale Klientel, die abhängig ist von ihnen persönlich und vom Staat, den sie kontrollieren. Demokratie verkommt zur plebiszitären Bestätigung der fest etablierten illiberalen Herrschaft. Herkömmlich bildete sie dagegen eine dynamische pluralistische Gesellschaft ab, welche die Konkurrenz von politischen Lösungsmodellen erforderte und von ihr lebte. Autokraten zeigen jedoch keine Bereitschaft, eine Niederlage im demokratischen Prozess zu akzeptieren, ja als Normalität anzusehen, nämlich als regelmässigen Wechsel von Koalition und Opposition. Statt pragmatischen Aushandelns von Lösungen herrscht eine apokalyptische Weltsicht, in der um existenzielle Wahrheitsfragen gerungen werden muss wie einst um das Seelenheil.

Die folgerichtige Polarisierung stellt das Volk, von seinem einzigen wahren Vertreter geeint, den übrigen Landesbewohnern gegenüber, die nicht zu dem Volk gehören und deswegen moralisch und politisch keine Bedeutung haben. Solche Leute sind «unamerikanisch», wenn sie keine Mauer an der Grenze wollen; oder «unschweizerisch», wenn sie den EU-Beitritt wünschen; oder «unisraelisch», wenn sie für die Zweistaaten-

lösung eintreten. Die Beispiele zeigen, dass als Vaterlandsverrat gelten kann, was noch vor wenigen Jahren offizielle und demokratisch legitimierte Regierungspolitik war - weil es vorgeblich nur eine Art gibt, sein Land zu lieben. So betrachtet, richten sich Devisen wie «America first» nicht nur protektionistisch gegen ausländische Handelspartner, sondern gegen diejenigen Bürger der USA, die diese Devise nicht teilen, zum Beispiel darum, weil für ihre Branchen ein Handelskrieg nachteilig wäre. Das ist aber in polarisierter Betrachtungsweise nicht eine alternative, sondern eben eine unamerikanische Meinung.

Den Populismus charakterisiert diese Grundhaltung, dass es einen einheitlichen Willen des Volks gebe und dass die demokratische Ordnung darin bestehe, diesen umzusetzen. Deswegen folgen Populisten bereitwillig den Führern, die ihren Willen dem einen Willen des Volkes gleichsetzen und ihn mit allen Mitteln verwirklichen. Deswegen bekämpfen sie, was diese Einheit infrage stellt: Pluralismus und Parteivielfalt, Minderheiten und Minderheitenschutz, Eliten, Journalisten und andere Besserwisser, ein Rechtsstaat, der dem Volkswillen Grenzen setzt. Das alles wird zusammengefasst als «das System», dem sich das Volk und seine Fürsprecher radikal entgegenstellen dürfen, ja müssen, denn das System verhindert gerade, dass der Volkswille geschehe.

Der Aufstieg der Populismen ist die Folge einer Fundamentaldemokratisierung durch die neuen Medien. Jedermann kann heute seine Meinung oder seinen Hass ungefiltert im Internet mitteilen und teilen, ohne dass er für die Folgen noch so kruder Äusserungen Verantwortung übernehmen müsste. Die digitalen Medien und Denkweisen fördern eine Lagerbildung nach dem Muster Ja/Nein oder vielmehr Like/Dislike, und dies auf globaler Ebene. Wer ermächtigt wurde, Messis Tore mit Rating und Ranking zu bewerten, der kann erst recht sein Urteil sprechen über Politiker, Bankiers und andere Mitmenschen. Dank denselben überall zugänglichen Informationen ist eine weltweit sich polarisierende Öffentlichkeit entstanden. Die Lagerbildung verschärft sich dadurch, dass wir aus der Masse der zugänglichen Informationen durch eigene Wahl und Logarithmen diejenigen auswählen, die unsere bestehenden Meinungen bestärken. Dies stärkt das Selbst-



Das rechtsnationalistische Lager hofft auf einen «populistischen Frühling» und will sich nach den Europawahlen neu konstituieren: In den Niederlanden demonstrieren Mitglieder von Bewegungen wie Pegida, antifaschistische Gruppierungen halten dagegen. (Enschede, 17. September 2017)



Jedermann kann heute seinen Hass im Internet ungefiltert teilen, ohne dass er für die Folgen Verantwortung übernehmen müsste.





**Damit entstehen zwei transnationale Grosstämme, die sich eindeutig erkennen und abgrenzen, als Eigene und Fremde.**

wertgefühl der Internetsurfer, dass ihre Überzeugungen gleich viel wert sind wie diejenigen der Eliten, die herkömmlich in der Öffentlichkeit das Sagen hatten.

Folgerichtig kann jedermann beanspruchen, die Welt zu verstehen und zu regieren. Entscheidend dafür sind nicht Wissen und politische Verfahren, sondern gesunder Menschenverstand und ein politischer Wille. Die derzeitige italienische Regierungskoalition kombiniert diese Ansätze paradigmatisch: ein rücksichtsloser Voluntarismus bei der Lega und eine manipulationsanfällige, weil von oben gelenkte, plebiszitäre Demokratie der Internetsurfer bei den Cinque Stelle. Gemeinsam ist beiden die Überzeugung, dass eine demokratisch legitimierte Regierung, vulgo das «Volk», alles erzwingen kann, was sie will. Wer an zuwiderlaufende Logiken etwa von Finanzmärkten oder Völkerrecht erinnert, ist ein subversiver Verschwörer oder Saboteur.

In dieser Selbstüberschätzung wird Inkompetenz, das deklarierte Ausblenden von Fachwissen und Sachzwängen, zu einer Grundqualifikation für Herrschaft. Hier liegt ein Grund für die Krise der Volksparteien: Mit ihrem Blick auf das Ganze und komplexe Zusammenhänge ist ihnen bewusst geworden, wie brüchig in einer Welt aufsteigender wirtschaftlicher Konkurrenten die Sicherheitsversprechungen des Sozialstaats geworden sind. Um diese ungehemmt einzufordern, von einem Grundeinkommen über Steuerentlastungen bis hin zu höheren Renten, braucht man die populistische Zuversicht, dass sich überall ein Weg findet, wo eine plebiszitäre *volonté générale* ihre inflationären Erwartungen manifestiert.

Die Polarisierung beschränkt sich aber nicht auf einzelne Länder, sondern führt transnational über die einzelnen Staaten hinaus. Symptomatisch ist die 2014 gegründete Pegida: «Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes». Auffälligerweise wird Deutschland nicht genannt, obwohl Pegida auch das Heim extremer Nationalisten ist. Der Patriotismus bezieht sich strenggenommen auf Europa, auf eine christliche Konzeption von Abendland in Abgrenzung zum Islam. Tatsächlich hat Pegida sich darum bemüht, sich zu europäisieren, und beispielsweise den niederländischen Rechtspolitiker Geert Wilders zu Veranstaltungen eingeladen. Dessen Partij voor de Vrijheid gehört im Europaparlament einer

Fraktion an, die sich «Europa der Nationen und der Freiheit» nennt; sie umfasst den französischen Rassemblement national, die Freiheitliche Partei Österreichs und die italienische Lega sowie kleinere Partner. Konkurrenz macht ihr die Fraktion «Europa der Freiheit und der direkten Demokratie», deren Hauptträger die UK Independence Party (UKIP) sowie die italienischen Cinque Stelle sind. Diese Regierungspartei solidariert sich offiziell mit den *gilets jaunes*, die auf der Strasse die Demission des französischen Präsidenten fordern - eine Premiere unter befreundeten EU-Nachbarstaaten. Auch die Achse Orbán-Kaczyński ist ein wichtiger Indikator dieser transnationalen Einigung in der EU; dazu kommen die vor kurzem noch unvorstellbaren Allianzen Putin-Erdogan oder Putin-Trump - oder bald alle drei zusammen?

Vor oder spätestens nach dem erhofften «populistischen Frühling» (Matteo Salvini) in den Europawahlen wird sich das rechtsnationalistische Lager neu konstituieren. Sind dafür allein opportunistische Überlegungen ausschlaggebend, rein negative Gemeinsamkeiten wie die Ablehnung des Euro oder der Immigration? In dieser Sichtweise müsste das populistische Lager sich auch wegen des Narzissmus ihrer nationalen Anführer rasch zersetzen, wenn es an die Macht käme. Nach einer Zerschlagung der gesamteuropäischen Institutionen würden sich die nationalistischen Souveränisten bald gegeneinander richten und Europa in neue Konflikte stürzen.

Dieses Szenario ist nicht unrealistisch. Doch Europa ist mehr als die Bühne, auf der die Populisten ihren Nationalismus präsentieren und die «Systemparteien» attackieren können. Denn sie machen dies unter Berufung auf Werte, die für einen Weltbürgerkrieg mobilisieren. Im Grunde genommen steht dabei ein gemeinschaftsorientierter Kollektivismus einem liberalen Individualismus gegenüber. Was bedeutet das?

- Kollektivistinnen vertrauen charismatischen Führerfiguren, die ihre verbindlichen Werte und Ziele teilen und durchsetzen, wogegen Individualisten Vertrauen in Institutionen und Normen haben, die durch Verfahren legitimiert und durch den Rechtsstaat garantiert werden.
- Deshalb wünschen sich Individualisten Rechte, die formale Gleichheit für jeden Ein-

zelen gewährleisten; die Kollektivistinnen dagegen sehen sich als Einheit, die intern Geborgenheit vermittelt und dazu keiner Gleichheit (etwa von Mann und Frau) bedarf, während sie zugleich gegen aussere Vorrechte vor anderen Kollektiven beansprucht.

- Die Kollektivistinnen sehen die Familie, das Volk oder Geschlechterrollen als absolute, naturgegebene Bedingungen des Menschseins an, während die Individualisten relativierend die kulturelle Fähigkeit des einzelnen Menschen betonen, Entscheidungen vorzunehmen, bis hin zur Wahl des eigenen Geschlechts oder der Art, es zu leben. Freigestellt ist ebenso die Bindung an Familie oder Nation - wobei Nation auf einem freien, rationalen Bekenntnis beruht, nicht auf einer blutsmässigen, «völkischen» Vorbestimmung. Abtreibung oder Patchworkfamilien sind den Individualisten freigestellte Entscheidungen, die dem Menschen per se und damit weltweit zustehen; für die Kollektivistinnen dagegen handelt es sich dabei um Verstöße gegen eine natürliche Lebensordnung, die zugleich ganz konkrete Gemeinschaften definiert.

- Diese Gemeinschaften verteidigen ihre Privilegien durch Protektionismus, Mauern oder Waffengewalt, um den Besitzstand in einer bedrohlichen Welt mit nur beschränkten Ressourcen zu wahren; die Individualisten dagegen wünschen sich supranationale, ja globale Strukturen, die dem Einzelnen in einer entgrenzten Weltgesellschaft dank seinen ökonomischen, sozialen und kulturellen Ressourcen die liberale oder kapitalistische Selbstentfaltung ermöglichen. Seine materiellen und immateriellen Gewinne kann er sichern, aber auch nach demokratisch vereinbarten Regeln umverteilen.
- Die Individualisten sind selbst mobil und haben Verständnis für Migranten, da sie relativ gutsituiert urbane Vielfalt genießen; die Kollektivistinnen hingegen sind räumlich stabil und empfinden Homogenität als Voraussetzung einer unverfälschten Heimat, die sich in den nachbarschaftlichen Verhältnissen von Land und Agglomeration verwirklicht - und nicht in städtischer Anonymität.

Solche Idealtypen treffen nicht auf jeden Menschen eins zu eins zu, sondern erlauben in der politischen Realität Kombinationen. Für das Argument des Weltbürgerkriegs entscheidend ist, dass die Fixierung solcher Kontrastmodelle nicht nur auf nationaler Ebene erfolgt,

gleichsam zwischen Schweizern und Antischweizern, sondern auf europäischer und tendenziell globaler Ebene. Damit entstehen zwei transnationale Grosstämme, die sich eindeutig erkennen und abgrenzen, als Eigene und Fremde. So betrachtet, wollen die Souveränisten nicht den Nationalstaat vor den Supranationalisten retten, selbst wenn sie diesen vaterlandslosen Selbstverrat an Brüssel vorwerfen. Vielmehr wollen sie dem Supranationalismus ihre kollektivistischen Werte aufprägen. Es wäre ihnen nicht nur egal, sondern recht, wenn die Uno Abtreibung oder Homosexualität weltweit verbieten könnte. Die entsprechenden Allianzen reichen potenziell weiter als ein instrumentalisiertes Christentum. Man denke an die demonstrative Nähe vieler Nationalisten zu Israels Regierung, die eine ethnoreligiös reine Nation propagiert; oder an den Schulterchluss katholischer und muslimischer Organisationen gegen die gleichgeschlechtliche Ehe in Frankreich.

Bei solchen Kämpfen geht es um zeitlose Wahrheiten, die es durchzusetzen gilt; auf welchem Weg dies geschieht, ist sekundär. Der Nationalismus ist dabei weniger ein Selbstwert als der - im Normalfall - einfachere Weg, um diese Werte zumindest im eigenen Umfeld zu verwirklichen. Die gegenwärtigen Konflikte wären demnach weniger ein nationalistischer Kampf gegen die Globalisierung als ein Machtkampf um deren Ausgestaltung. Genauso bewahrten die Bürgerkriege des 19. Jahrhunderts letztlich nicht die Autonomie von Virginia, Luzern oder Bayern. Sie klärten aber, in welcher Form einer übergeordneten nationalen Verfassung diese politischen Einheiten sich künftig einbrachten.

Diese Deutung ist nicht unproblematisch. Zum einen suggeriert sie, teleologisch, eine analoge Entwicklung bei der Ausbildung supranationaler Strukturen wie einst bei der Nationalstaatsbildung. Zum anderen versteckt sich ein ökonomisch-ökologischer Determinismus hinter der Polarisierung in einem Kulturkampf, der transnationale Allianzen bildet. Diese können in einen Weltbürgerkrieg um die immer knapper werdenden globalen Ressourcen münden. In einer zuversichtlicheren Variante fördern sie die Einigung und den Gestaltungswillen eines Lagers derer, die supranationale Strukturen in Europa und weltweit demokratisch und rechtsstaatlich ausbauen wollen.

## Weltbürgerkrieg

Der Begriff «Weltbürgerkrieg» geht auf den deutschen Staatsrechtler Carl Schmitt und den Schriftsteller Ernst Jünger zurück. Konservative Autoren haben damit das Phänomen bezeichnet, dass der herkömmliche Krieg zwischen Staaten im 20. Jahrhundert zu einem Krieg zwischen Ideologien wurde, in denen es nicht mehr um Machtgewinn ging, sondern um endgültige Wahrheiten und die Erlösung der Menschheit.